1 Einrichtung eines für die Vollziehung der studienrechtlichen Bestimmungen zuständigen monokratischen Organs und Festlegung von Rahmenbedingungen für eine etwaige Delegation von Aufgaben gemäß § 28 (2) Z 2 Hochschulgesetz 2005 idgF.

§ 1 Zur Vollziehung der studienrechtlichen Bestimmungen in erster Instanz werden studienrechtlich zuständige monokratische Organe eingerichtet.

§ 2 Als studienrechtlich zuständiges monokratisches Organ im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung wird der/die Vizerektor/in für Lehre festgelegt.

§ 3 Als studienrechtlich zuständiges monokratisches Organ im Bereich Kooperationsstudien bzw. Hochschullehrgänge wird der/die Vizerektor/in für Bildungskoordination und Forschungsk Kooperation festgelegt.

§ 4 Das Rektorat kann Aufgaben an Personen im Bereich Hochschulmanagement übertragen. Diese entscheiden im Namen des Rektorats und in Absprache mit diesem.

§ 5 Das Rektorat kann die Übertragung von Aufgaben jederzeit widerrufen.

§ 6 Als studienrechtlich zuständige Organe werden den Leiterinnen/Leitern im Bereich Studienrecht und Studienmanagement folgende Aufgaben übertragen:

Leitung Studienrecht

- Widerruf inländischer akademischer Grade und Nostrifizierungen
- Anerkennung von Prüfungen ordentlicher Studierender an anderen anerkannten in- oder ausländischen postsekundären Bildungseinrichtungen, einer berufsbildenden höheren Schule, einer Höheren Lehranstalt für Lehrer- und Erzieherbildung, in Studien an anerkannten inländischen Bildungseinrichtungen, deren Zugang die allgemeine Universitätsreife erfordert, oder in einem Lehrgang universitären Charakters, soweit sie den im Curriculum vorgeschriebenen Prüfungen gleichwertig sind
- Feststellung der Gleichwertigkeit von im Ausland durchzuführenden Teilen eines Studiums bzw. abzulegender Prüfungen („Vorausbescheid“)
- Anerkennung eines ausländischen Studienabschlusses als Abschluss eines inländischen ordentlichen Studiums („Nostrifizierung“)
- Erlassung von sonstigen studienrechtlichen Bescheiden erster Instanz

Leitung Studienmanagement

- Zulassungen bzw. Erlöschen der Zulassung von Studien und außerordentlichen Studien
- Ausstellung von Zeugnissen über Studienabschlüsse bzw. Abschlüsse von Hochschullehrgängen
- Genehmigung der Ablegung von Prüfungen für ein Studium an einer anderen pädagogischen Hochschule als der Hochschule der Zulassung
- Beurlaubung von Studierenden

- Nichtigerklärung von Prüfungen im Fall der Erschleichung der Anmeldung oder der Leistung
- Aufhebung negativ beurteilter Prüfungen bei schwerem Mangel in der Durchführung
- Sicherstellung der Aufbewahrung von Beurteilungsunterlagen für mindestens 6 Monate bei wissenschaftlichen und künstlerischen Arbeiten, wenn diese den Studierenden nicht ausgehändigt werden.
- Bildung von Prüfungskommissionen sowie Heranziehung von fachlich geeigneten Prüferinnen und Prüfern für Zulassungs- und Ergänzungsprüfungen nach Absprache mit Vizerektor/in für Lehre

§ 7 Gegen die Entscheidungen des studienrechtlich zuständigen monokratischen Organs ist das Rechtsmittel der Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht zulässig.

§ 8 Gemäß § 25 (3) HG sind in Studienangelegenheiten auch die Organe der gesetzlichen Vertretung der Studierenden nach Maßgabe der §§ 4 Abs. 1a und 12 Abs. 2a Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz 2014 zur Einbringung von Rechtsmitteln berechtigt.